

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **77 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

EDITORIAL

Der soziale Wandel und die wirtschaftlichen Krisenjahre haben dazu geführt, dass die Sozialhilfe heute so stark beansprucht wird wie noch selten zuvor in der Schweiz. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der Sozialhilfe-BezügerInnen mehr als verdoppelt. Damit sind auch die Kosten stark gestiegen, und die Sozialhilfe – in Zeiten der Vollbeschäftigung nur von marginalem politischen Interesse – ist zu einem der wichtigsten politischen Themenfelder geworden. Auf dem Feld der Sozialhilfe und damit auf dem Rücken der Armutsbetroffenen wird der ideologische Kampf um den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat ausgetragen. Für die Linke ist klar, dass der Sozialstaat und damit die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe nicht abgebaut werden dürfen. Im Gegenteil, die Sozialversicherungen müssen teilweise ausgebaut werden, damit Armutsrisiken (Mutterschaft, Familiengründung etc.) beseitigt werden können. Linken Politikerinnen und Politikern ist jedoch auch klar, dass die Sozialhilfe sich aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft ändern muss. Die Frage lautet, wie der Sozialstaat auf diese Veränderungen reagiert und welche Instrumente er entwickelt, um den gesellschaftlichen Wandel sozialverträglich zu machen und um sicherzustellen, dass prinzipiell alle Teile der Bevölkerung an der Gesellschaft teilhaben können. In welche Richtung die Veränderungen in der Sozialhilfe gehen müssen, ist auch in der Linken selbst umstritten. Uns geht es in dieser Nummer der Roten Revue darum, diese kontroverse Diskussion innerhalb der Linken zu führen. Dazu haben wir uns aus Platzgründen auf drei Themen beschränkt, zu denen wir je einen Pro- und einen Kontra-Artikel eingeholt haben. Die Themen sind: Kombilohn (Susanne Elsen und Walter Schmid), Sekundärer Arbeitsmarkt (Monika Stocker und Isidor Wallimann) und Prinzip der Gegenseitigkeit (Ueli Tecklenburg und Ruth Gurny). Die Artikel machen deutlich, dass es einerseits die Detailfragen sind, worüber die Einschätzungen auseinandergehen, andererseits aber auch die Frage nach der prinzipiellen Rolle der Sozialhilfe in unserer Gesellschaft. Ergänzt wird diese Diskussion um Artikel über die aktuelle Armutssituation in der Schweiz (Katharina Kerr), über das bestehende System der Sozialhilfe (Rosmarie Ruder), über die praktische Arbeit in der Sozialhilfe (Ursula Padrutt) und über die Notwendigkeit eines Rahmengesetzes für die Sozialhilfe auf Bundesebene (Christine Goll).

Die Redaktion